

„Das Problem lag in der Schwierigkeit einer eindeutigen Grenzbestimmung:  
Wie sollen die Ziele und Auswirkungen der Tätigkeit  
privatwirtschaftlicher Unternehmungen (Banken, Handel, Verkehrsunternehmen)  
in einem der wirtschaftlich unterentwickelsten Gebiete Europas eingestuft werden?  
Wirtschafts- und Finanzverbindungen veränderten notgedrungen den Status Quo,  
wenn auch nicht den völkerrechtlich gemeinten oder den territorialen.“<sup>1</sup>

### III.1. Albanien in der Konferenzpolitik der Großmächte (1878–1912)

Die sogenannte Albanien-Frage tauchte in der internationalen Politik nach der großen Orientalischen (oder Balkan-) Krise auf. Obwohl es sich dabei um eine rein interne Angelegenheit handelte, war die Souveränität des Osmanischen Reiches zu dieser Zeit nicht mehr vollständig und dies schuf die Möglichkeit zur äußeren Einflussnahme. Zur Jahrhundertwende waren drei Großmächte mittel- oder unmittelbar an der Entwicklung des Schicksals von Albanien interessiert: die Österreichisch-Ungarische Monarchie, Italien und Russland.<sup>2</sup>

Traditionell betrachtete die Wiener und Sankt Petersburger Außenpolitik die Balkan-Halbinsel als das Territorium ihrer Großmachtbestrebungen. Die beiden Reiche erlangten spätestens zu Beginn des 19. Jahrhunderts jene Rechtstitel, die ihrer späteren Politik Richtung wiesen. Russland machte im Jahre 1774 im Frieden von Kütschük Kainardschi (Küçük Kaynarca), im Jahre 1826 in der Abmachung von Akkerman und im Jahre 1833 im Vertrag von Unkiar-Skelessi eindeutig, dass sie Protektorsansprüche hinsichtlich der Halbinsel habe. Russland war in erster Linie am Erwerb der Meeresengen interessiert, sie unterstützte ihre Argumente sowohl in Richtung der anderen Großmächte als auch der Balkanvölker mit der Ideologie der Orthodoxie und des Panslawismus.<sup>3</sup> Das Reich der Habsburger baute seit dem Wiener Vertrag des Jahres 1615<sup>4</sup> über die weiteren Friedensverträge, die die Türkenkriege abschlossen – Karlowitz (1699), Passarowitz (1718), Belgrad (1739), Swischtow (1791) –, bis hin zum Vertrag von Konstantinopel des Jahres 1681 und dem Wiener Kongress 1815<sup>5</sup> seine Macht als Kultusprotektor nach französischem Muster über die Katholiken auf dem Gebiet

---

<sup>1</sup> Behnen: *Rüstung*. 1985. 364.o.

<sup>2</sup> Die Frage beschäftigte zur Zeit der Balkan-Kriege jede der Großmächte und somit hatten alle sechs ein Rolle in der Erschaffung des neuen Staates. Clewing: *Staatsbildungen*. In: *Historicum* 2002 (76). 11., Dakin: *The Diplomacy*. In: *Balkan Studies* 1962/3. 327–374. und Hayne: *Great Britain*. In: *Balkan Studies* 1987/2. 327–353.

<sup>3</sup> Siehe darüber unter anderem: Bebesi: *Oroszország*. 2005. 89–95. und Romsics: *Expanzionizmus*. 1997. 8–18.

<sup>4</sup> Artikel 7. des Friedens war der erste Friedenspunkt, der die Protektorsansprüche der Habsburger über die Katholiken unter osmanischer Herrschaft formulierte. Bittner: *Chronologisches Verzeichnis*. Bd.1. 1903. 37. und Ippen: *Das religiöse Protektorat*. In: *Die Kultur*. Jg. 3. 1901–1902. 298.

<sup>5</sup> Gostentschnigg: *Zwischen Wissenschaft*. 1996. 103.

des Osmanischen Reiches aus.<sup>6</sup> Dieses Recht wurde unmittelbar von den Konsuln vor Ort und dem Botschafter in Konstantinopel ausgeübt. Das ursprünglich auf weltlichen Verträgen beruhende Recht wurde im Jahre 1837 vom Papst offiziell anerkannt und im Konkordat des Jahres 1855 auch bekräftigt. Um 1910 hatte das Kultusprotektorat etwa 220 Institutionen auf albanischem Gebiet (davon waren 131 Pfarren).<sup>7</sup> Das Religions- und humanitäre Protektorat erlangte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts keine politischen Inhalte. Neben dem Ausbau des Einflusses über die Katholiken erlangte Wien im Frieden von Campo Formio im Jahre 1797 auch das venezianische Albanien, das unter dem Namen „österreichisches Albanien“ zum südlichsten Punkt Dalmatiens wurde.<sup>8</sup> Das Interesse von Österreich-Ungarn an Südost-Europa wurde endgültig dadurch geweckt, dass seine unmittelbaren Machtstellungen auf den italienischen und deutschen Gebieten infolge des Zustandekommens der deutschen und der italienischen Einheit verloren gingen und die russische Hegemonie in Ost-Europa stärker wurde.<sup>9</sup>

Die Großmächte entschieden – infolge ihrer Angst vor der Isolation und wegen der gegenseitigen Eifersucht, sowie wegen eines gewissen gemeinsamen Solidaritätsgefühls – seit 1815 gemeinsam über die politischen und territorialen Veränderungen in Europa. Einer der wichtigsten Aspekte dieser Entscheidungen war seit den 1830er Jahren die sogenannte Orientalische Frage, in der auf diese oder jene Weise jede der Großmächte auch unmittelbar betroffen war.<sup>10</sup>

---

<sup>6</sup> Das französische Kultusprotektorat entstand im 16. Jahrhundert und schützte vor allem die Gnadenorte des Heiligen Landes. *Ippen: Das religiöse Protektorat. In: Die Kultur. Jg. 3. 1901–1902.* 296. und 299–300. Der grundsätzliche Unterschied zwischen den beiden Protektoraten war, dass die französische Anschauung die Ausübung der Kultusprotektorat-Rechte als staatliche Aufgabe ansah, während diese im Habsburger Reich bzw. in der Monarchie als außenpolitische Aufgabe betrachtet wurden. *Benna: Studien. In: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchives 7. (1954).* 15. Über die Geschichte des französischen Kultusprotektorates siehe: *Lammeyer: Das französische Protektorat über die Christen im Orient. 1919.* und *ÖHStA, I. Allgemeines 8., Kt. 710., Quartalsvorträge an Seine Majestät über die Subventionszahlungen und jährlicher a.u. Vortrag über den Kultus-Voranschlag 1912–18 (I.) Umfang und Art der Ausübung des französischen Kultusprotektorates.* 1–175.

<sup>7</sup> *Gostentschnigg: Zwischen Wissenschaft. 1996.* 103. Die Liste der Institutionen siehe: *ÖHStA, Nachlaß Szápáry, Kt. 3. 16., Unter österreichisch-ungarische Schutze stehende Niederlassungen geistlicher Orden in Albanien* und ebda. *Verzeichnis der dem k.u.k. Protektorate unterstehenden Kirchen, Pfarren und geistlichen Anstalten im Osmanischen Reiche: „I. Gebiet der Erzdiözesen von Skutari, Durazzo und Üsküb (Prizren) und der Erzabtei St. Alexander der Mirditen (Vilajete Skutari, Janina, Kossovo und teilweise Monastir).*

<sup>8</sup> *Müller: Albanien, Rumelien. 1844.* 91. Mit der militärischen Besetzung des Sandschak im Jahre 1878 hatte die Monarchie fast unmittelbaren Kontakt zu den katholischen albanischen Gebieten.

<sup>9</sup> Über die Geschichte des Kultusprotektorates siehe die datenreiche, aber strukturell ungeordnete und nicht durchdachte Monographie: *Deusch: Das k.(u.)k. Kultusprotektorat im albanischen Siedlungsgebiet. 2009.*

<sup>10</sup> Die Orientalische Frage bedeutete die Veränderungen hinsichtlich des immer spektakulärer erschwachenden und sich auflösenden Osmanischen Reiches (eine der wichtigsten Probleme betraf die Frage der Meerengen, der Dardanellen und des Bosphorus); die Großmächte waren bestrebt diese Frage gemeinsam im Rahmen zu halten und zu handhaben. Über die Geschichte der Frage siehe: *Anderson: The Eastern Question 1774–1923. 1966.* und *Löhr: Die albanische Frage. 1992.* 21–22.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ergaben sich die bedeutendsten Veränderungen hinsichtlich des Osmanischen Reiches während der großen Orientalischen Krise (im weiteren Sinne zwischen 1875 und 1885). Infolge der Ereignisse von Herzegowina und dem bulgarischen Aufstand brach im Jahre 1876 der Krieg zwischen Serbien-Montenegro und dem Osmanischen Reich aus, der die Angst in Wien vor der Entstehung eines russischen Satellit-Staates auf dem Balkan, bzw. die Angst vor einem serbischen Adria-Meeresausganges erweckte. Um einen offenen russischen-österreichisch-ungarischen Konflikt zu vermeiden, sprachen sich die Vertreter der beiden Großmächte im Jahre 1876 in Reichstadt und im Jahre 1877 in Budapest ab. In der ungarischen Hauptstadt waren sich die Parteien einig, dass in einem eventuellen russischen-osmanischen Krieg die Monarchie neutral bleiben würde; im Gegenzug würde im Falle des Zusammenbrechens des Sultan-Reiches Bosnien-Herzegowina unter kaiserliche und königliche Hoheit kommen, es würde kein groß-slawischer Staat entstehen und die Serben auch keinen Ausgang an die Adria erhalten, dafür aber zwischen den zustande kommenden Balkan-Staaten eine Kräftebalance geschaffen werden. Die Niederlage der kleinen slawischen Staaten brachte jedoch Russland in eine Zwangslage: sollte sie den bewaffneten Eingriff unterlassen, würde ihre Glaubwürdigkeit unter den Balkanvölkern in Frage gestellt werden. Am Vorabend des unausweichlichen Krieges schlossen die beiden rivalisierenden Großmächte ein geheimes Abkommen in Budapest, in dem sie die Konvention von Reichstadt bekräftigten und die Halbinsel praktisch in eine westliche und östliche Interessensphäre teilten. Russland versprach ihre Operationen auf die östliche Hälfte des Balkans zu beschränken und die Grenzen zur Interessensphäre der Monarchie zu achten.<sup>11</sup> Nach dem erfolgreichen Krieg konnte jedoch Russland in San Stefano (am 3. März 1878) das Zustandekommen eines großbulgarischen Staates erzwingen, dessen Westgrenzen die Interessen des Ballhausplatzes ernsthaft verletzten. Hinsichtlich der Meeresengen hegte auch England starke Bedenken, sodass auf Initiative von Wien und London sich die Großmächte im Sommer des Jahres 1878 in Berlin zusammensetzten um den Frieden, der im Vorort von Konstantinopel erzwungen worden war, zu revidieren. Groß-Bulgarien wurde in drei Teile aufgeteilt, Serbien, Montenegro und Rumänien wurden zu unabhängigen Staaten, die Monarchie erhielt ein internationales Mandat zur Okkupation von Bosnien-Herzegowina und des Sandschaks von Novipazar. (Damit gelang es einen Keil zwischen Serbien und Montenegro zu schlagen.) Russland konnte in den Hintergrund gedrängt werden. Am Verhandlungstisch wurden die Albaner weder in San Stefano noch in Berlin erwähnt. Keines

---

<sup>11</sup> Über die Verhandlungen der beiden Großmächte siehe *Bridge: Österreich(-Ungarn). 1989. 251–254.*

der Großmächte unterstützte den inzwischen entstandenen militärischen Interessenverband der Albaner, die Liga von Prizren; hingegen wurde der Hafen von Ulcijn und seine Umgebung, die den nordwestlichsten Punkt der ethnischen albanischen Gebiete markierten, an Montenegro angeschlossen.<sup>12</sup>

Infolge der Orientalischen Krise meldete sich eine neue Großmacht auf dem Balkan zu Wort: Italien. Nach der Vereinigung der italienischen Gebiete wurde auch die junge Großmacht vom Gedanken der Expansion ergriffen. Die Balkan-Politik Roms war am Ende der 1870er, zu Beginn der 1880er Jahre vom „Experimentieren“ mit mehr oder weniger Erfolg gekennzeichnet. Rom hatte zu dieser Zeit vor allem mit Frankreich Auseinandersetzungen hinsichtlich Nord-Afrika (Tunis, Tripoli). Francesco Crispi, der Präsident des Repräsentantenhauses italo-albanischer Abstammung reiste im Jahre 1877 nach Berlin um die Unterstützung von Deutschland gegen Frankreich einzuholen. Bismarck hatte zu dieser Zeit jedoch noch nicht geplant den italienischen Ansprüchen freie Bahn zu geben.<sup>13</sup>

Nach dem Berliner Kongress ergaben sich Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Großmächten: Berlin und Wien schlossen im Jahr 1879 den Zweibund gegen Russland und erneuerten diesen auch im Jahre 1881. Italien schloss sich 1882 dem Bündnis an, da Rom in einer Zusammenarbeit zwischen Berlin, Wien und Rom das Gegenmittel gegen einen möglichen Krieg mit Frankreich sah. Damit entstand der Dreibund.<sup>14</sup> Aus diesem Bündnis hatte allein Deutschland keine unmittelbaren Interessen am Balkan. Das Deutsche Reich war hinsichtlich der Halbinsel nur bestrebt, den Krieg zwischen Wien und Sankt Petersburg zu vermeiden.<sup>15</sup> Beim Abschluss des Bündnisses anerkannte Italien im Jahre 1882 das Status Quo am Balkan, es gelang aber nicht seine Interessen in der Ost-Adria bei Deutschland und der Donaumonarchie durchzusetzen.

Neben dem Dreibund bestand bis zur Bulgarien-Krise auch der Dreikaiserbund, der sowohl 1881 als auch 1884 erneuert wurde.<sup>16</sup> Die Vereinigung Ost-Rumeliens mit Bulgarien, die Umstände der Wahl des neuen bulgarischen Fürsten und die Zuspitzung der deutsch-französischen Gegensätze machten jedoch eine weitere Erneuerung des Vertrages unmöglich.

---

<sup>12</sup> Anderson: *The Eastern Question 1774–1923*. 1966. 216.

<sup>13</sup> Schanderl: *Die Albanienpolitik*. 1971. 21. und 71.

<sup>14</sup> Der Dreibund hatte grundsätzlich defensiven Charakter (Rumänien schloss sich dem Bund im Jahre 1883 an) und er wurde insgesamt fünfmal erneuert (1887, 1891, 1896, 1902, 1912).

<sup>15</sup> Aptiev: *Das Deutsche Reich*. 1985. 12. und 16–17.

<sup>16</sup> Pribram: *Die politischen Geheimverträge*. 1920. 35. Im Jahre 1873 schloss die Monarchie und Russland in Schönbrunn eine Konvention darüber, dass sie bei Veränderungen des balkanischen Status Quo zusammenarbeiten würden. Deutschland schloss sich nach wenigen Monaten dieser Konvention an und damit entstand der Dreikaiserbund. Bridge: *Österreich(-Ungarn)*. 1989. 247., 251–254. und 261–266.

Rom nutzte geschickt den Gegensatz der Großmächte und erreichte bei der Erneuerung des Dreibundes (im Jahre 1887) die Ausweitung des Originalvertrages. Artikel 7. brachte qualitative Veränderungen: die Donaumonarchie (und auch das Deutsche Reich) stimmten praktisch zu, dass ihr südlicher Nachbar und Verbündeter zum Rivalen auf dem Balkan wurde.<sup>17</sup> Dieser Artikel, der in den Jahren 1891 und 1896 auch als sogenannter Separatsvertrag bekräftigt wurde, besagte, dass im Falle einer positiven Veränderung für die Österreichisch-Ungarische Monarchie hinsichtlich der Territorien des Osmanischen Reiches oder hinsichtlich der Adria, bzw. des Ägäischen Meeres Italien eine – näher nicht definierte – Kompensation zustehen würde.<sup>18</sup> Die nunmehr nicht defensiv ausgerichtete Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1887 war für Italien ein großer diplomatischer Erfolg: ganz Südost-Europa geriet in eine neue politische und militärische Konstellation, Rom wurde zu einer potentiellen Großmacht auf dem Balkan.<sup>19</sup> Zwar war zu dieser Zeit immer noch die Frage der Meeresengen die wichtigste in diesem Raum, aber es zeigten sich schon die Konturen eines neuen Großmacht-Konfliktes: mit dem Artikel 7. konnte Rom praktisch die Balkan-Politik Wiens unter Kontrolle halten, was später zum Keim des offenen Konflikts wurde. Nach 1887 konnte Italien eine immer aktivere Albanien-Politik führen.<sup>20</sup>

Zwischen 1878 und 1895 kam ernsthaft weder für die Donaumonarchie noch für Italien die Annexion Albaniens in Frage. In dieser Epoche war Albanien kein potentielles Kompensationsgebiet in der internationalen Politik (nicht einmal für Rom). Selbst Italien war bestrebt mit der Monarchie eine Übereinkunft zu finden und erst nach dem Kolonisationsmisserfolg von 1895 beim äthiopischen Adua wurde Albanien von grundlegender Wichtigkeit für die italienische Außenpolitik.

Nach dem Misserfolg in Äthiopien wurde für den italienischen Staat der östliche Mittelmeerraum aufgewertet. Ins italienische Außenministerium fand ein neuer Begriff aus der politischen Presse Einzug: das „mare nostro“. Die Öffentlichkeit forderte eine neue Albanien-Politik. Italien gab sich nach 1896 nicht mehr mit den Positionen zufrieden, die es am Verhandlungstisch erreichen konnte, es wollte auch hinsichtlich seiner Präsenz auf dem Balkan praktisch mit den anderen Großmächten gleichrangig auftreten. Dies symbolisierte im Jahre 1896 auch die Eheschließung des Thronfolgers Viktor Emmanuel mit der montenegrinischen Prinzessin Helena. Das entschiedenere Auftreten wurde durch die

---

<sup>17</sup> Den Text des Vertrages siehe: *Pribram: Die politischen Geheimverträge. 1920. 44.*

<sup>18</sup> Der primäre Kompensationsanspruch Italiens richtete sich zu dieser Zeit wohl vor allem auf Süd-Tirol / Trentino. *Schandler: Die Albanienpolitik. 1971. 57.*

<sup>19</sup> *Behnen: Rüstung. 1985. 52. und 359.*

<sup>20</sup> *Bushati: Entstehung des Fürstentums Albanien. 1940. 123. und Tittoni: Italiens Außenpolitik. 1928. 61–62.*

qualitative Aufwertung der Bündnispolitik ermöglicht: der Dreibund wurde in den Hintergrund gerückt, um die guten Beziehungen zu England aufrecht erhalten zu können.

Die italienische Regierung wandte nach 1896 immer größere Summen für die Durchsetzung ihrer albanischen Interessen auf: sie versuchte auf dem Gebiet der Kultur, der Presse, der Religion und des Handels in Konkurrenz zu den Möglichkeiten zu treten, die sich aus den Kultusprotektoratsrechten der Monarchie ergaben. Ein offener politischer Konflikt brach jedoch nicht aus. Parallel dazu sahen italienische Privatgesellschaften (Banken, Handels- und Schifffahrtsgesellschaften) eine immer größere Möglichkeit in den östlichen Ufergebieten der Adria; ein wirtschaftlicher Wettlauf brach zwischen Italien und der Monarchie aus. Zwar hatte die italienische Außenpolitik keine konkret ausgearbeiteten Pläne hinsichtlich Albanien, aber mit ihrer Orientation erreichte sie, dass das „Albanien-Problem“ bereits 1896 akut wurde.<sup>21</sup>

Nach seiner anfangs erfolgreichen Balkan-Politik verlor der Ballhausplatz kontinuierlich seinen Einfluss über die Länder der Halbinsel. Infolge der Bündnispolitik der 1880er Jahre wurden den Bestrebungen der Monarchie in Südost-Europa durch die Interessen der verbündeten Großmächte Schranken gesetzt. Da die Aufstellung der Mittelmeer-Entente (Wien-London-Rom) im Jahre 1887 die Erwartungen nicht erfüllen konnte und selbst das Deutsche Reich nicht die von ihm erwartete Unterstützung bot, konnte die Donaumonarchie im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts nichts anderes tun, als im Interesse des Status Quo mit den beiden anderen, an der Halbinsel interessierten Großmächte – Russland und Italien – zusammenzuarbeiten.

Albanien wurde hinsichtlich der Balkan-Interessen der Monarchie in den 1890er Jahren zu erstrangig wichtigem Gebiet.<sup>22</sup> Am Vorabend der Jahrhundertwende wuchs der Wunsch nach einer neuen Albanien-Politik am Ballhausplatz. Dies war einerseits wegen der Zurückdrängung der italienischen Bestrebungen notwendig; andererseits hielt das Außenministerium die Auflösung des Osmanischen Reiches nur für eine Zeitfrage und wollte

---

<sup>21</sup> Über die entsprechenden Rücksprachen zwischen der Monarchie und Italien in der Albanien-Frage (1878–1896) siehe Löhr: *Die albanische Frage. 1992.* 34–35. und Schanderl: *Die Albanienpolitik. 1971.* 22–23., 71. und 117–127.

<sup>22</sup> „Denn in Albanien liegt der Schlüssel zur Balkanfrage vergraben.“ Paul Siebertz (?-?; österreichischer Großunternehmer und Investor in Albanien, der Direktor der *Österreichisch-Albanischen Handelsgesellschaft*, der Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift *Vaterland*; er gründete in Valona ein Hotel, eine Druckerei und eine Markthalle.) *Albanien und die Albanesen. 1910.* und Richard Riedl (1865–1944; Wirtschaftspolitiker, Beamter der *Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer*, ab 1907 erster Sekretär derselben, ab 1909 Abteilungsleiter des österreichischen Handelsministeriums. *ÖBL, Bd. 9., 1988.* 143.o) *Albanisch-montenegrinische Verkehrsfragen. Eine wirtschaftspolitische Reisestudie. 1906.* Sein Werk wird zitiert von Ramhardter: *Das Kultusprotektorat. 1989.* 523.

seine Positionen an der Ostküste der Adria nicht zugunsten einer rivalisierenden Macht verlieren. Die Balkan-Politik der Monarchie war jedoch bis 1895 von defensivem Charakter.<sup>23</sup>

Zur Ausformung der neuen Politik rief der gemeinsame Außenminister Gołuchowski im Dezember 1896 eine Konferenz zusammen, zu der er sowohl die Experten der gemeinsamen Ministerien, wie auch die Gutachter der ungarischen, bzw. österreichischen Ministerien einlud.<sup>24</sup> Die Teilnehmer waren sich einig, dass eine entschiedener Vertretung der Interessen der Doppelmonarchie nur durch den Kultusprotektorat-Status möglich war. Dazu war eine energische Unterstützung der lokalen katholischen Kirche notwendig. Der nord-albanische Klerus sympathisierte trotz der regelmäßigen finanziellen Unterstützung aus Wien mit Italien. Der Grund dafür war die italienische Nationalität der Franziskaner, die die Mehrheit der Missionen leiteten. Selbst der zweite, einflussreiche Orden, die Jesuiten, konnte die Sympathien für die Monarchie nicht verstärken. Die bis zur Jahrhundertwende geführte Albanien-Politik konnte also trotz der investierten Beträge keine zur Monarchie loyal gesinnte Kirchenorganisation ins Leben rufen. Die Konferenz arbeitete deswegen eine neue Strategie zur Gewinnung des lokalen Klerus aus: sie entschied, dass die Ausbildung der weltlichen Geistlichkeit in österreichischen Seminaren durchgeführt werden sollte, bzw. dass die Unterstützung des Vatikans dazu eingeholt werden sollte (Ernennung von Bischöfen und Äbten, usw.). Das Außenministerium begann zudem Verhandlungen mit dem Jesuitenorden, die 1898 zu bedeutenden Ergebnissen führten.<sup>25</sup> Gołuchowski entschied überdies noch die Erhöhung der Subventionen für die lokalen Kirchen.<sup>26</sup>

Die Konferenz änderte auch die bis zu diesem Zeitpunkt verfolgte Unterrichtsstrategie: die Lehrerposten in den Schulen, die von der Donaumonarchie aufrecht erhalten wurden,

---

<sup>23</sup> *Blumenthal: Österreichische und russische Balkanpolitik. In: Donauraum 8 (1963). 118.*

<sup>24</sup> Der Titel der Konferenz war „*Einleitung einer energischen Action in Albanien*“ und fand zwischen dem 17. 11. 1896 und dem 08./23. 12. 1896 statt. *Schwanda: Das Protektorat. 1965. 31.* Die Konferenz ging davon aus, dass das Osmanische Reich auseinanderfallen werde und die Albanien-Politik der Monarchie (sowohl die Kirchen-, wie die Schul- und Subventionspolitik, sowie die Aufgabenkreise der Konsulate) auf dieser Grundlage radikal erneuert werden müsse. *Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971. 60–63.* Nach der Konferenz entstanden bis 1906 noch zahlreiche Aktionsprogramme unter den Diplomaten des Ballhausplatzes hinsichtlich der Gestaltung der Albanien-Politik. Die wichtigsten von diesen siehe: *ÖHStA, Nachlaß Kral, Kt. 1.* und *ÖHStA, I. Allgemeines 2., Kt. 473., Fol. 517–736., Diverse Memoiren über Albanien 1896–1906: Die albanesische Action des k.u.k. Ministeriums des Aeussern im Jahre 1897.; Der Stand der nationalen Bewegung in Albanien am Schlusse des Jahres 1901 und das Verhältniss der k.u.k. Regierung zu derselben; Mémoire über Albanien (Ende 1900 bis Anfang 1905) Wien, April 1905 ohne Unterschrift.*

<sup>25</sup> Gemäß der am 25. Mai 1898 geschlossenen Vereinbarung willigte der Jesuitenorden unter anderem ein den Orden selbst unter „den Schutz“ der Monarchie zu stellen, in den Schulen des Ordens Laien mit österreichisch-ungarischer Staatsbürgerschaft anzustellen; weiters sagte der Orden zu, dass die Jesuitenpater, die auf den albanischen Gebieten tätig sind, regelmäßig die kaiserlichen und königlichen Konsuln unterrichten müssen bzw. dass der Ordensgeneral jene Pater zurückrufen müssen, deren Tätigkeit von Wien beanstandet werde. *Schwanda: Das Protektorat. 1965. 33. und 46–47.*

<sup>26</sup> Auf diese folgten im Späteren weitere Wellen der Subventionserhöhung, so in den Jahren 1902, 1909 und 1912. Siehe dazu die Statistiken von *Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971. 145–163.*

konnten nur noch von Bürgern des österreichisch-ungarischen Staates besetzt werden und es mussten Lehrbücher in albanischer Sprache verwendet werden.<sup>27</sup> Die Unterrichtsreform wurde vom Ballhausplatz in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts durchgesetzt. Die neue Schulpolitik unterstützte unverhohlen die Stärkung des albanischen Nationalbewusstseins: die Konzeption des albanischen Nationalismus verletzte keineswegs die Interessen der Monarchie, Wien wollte dadurch nämlich – für die Zeit nach der Auflösung des Osmanischen Reiches – die Schaffung eines gegen Serbien gerichteten, unabhängigen Albanien<sup>28</sup> begründen.<sup>29</sup> Zur Unterstützung des albanischen Nationalismus entschied Gołuchowski auch die Aufstellung neuer Konsulate. Er wies die albanischen Konsuln an eine stärkere politische Rolle in diesem Gebiet zu übernehmen (aus diesem Grund wurde auch die Ausbildung der nach Albanien bestimmten Konsuln reformiert): sie sollten die lokalen albanischen Nobelmänner – auch die Muslime – für sich gewinnen.<sup>30</sup>

Im Winter des Jahres 1896/1897 arbeiteten Gołuchowski und der gemeinsame Finanzminister, Benjámín Kállay einen aus mehreren Punkten bestehenden Albanien-Plan aus: das Sandschak hatte weiterhin Serbien und Montenegro voneinander zu trennen und Italien von Albanien fernzuhalten; zudem sollte für das zukünftige albanische Fürstentum (worunter sie zu diesem Zeitpunkt Nord- und Mittel-Albanien verstanden) ein Statut ausgearbeitet werden; in diesem Statut war ein formal unabhängiger, aber in Wahrheit unter österreichisch-ungarischem Protektorat stehender Staat ins Auge zu fassen.<sup>31</sup> Der gemeinsame Außenminister wollte in dieser Frage den labilen Verbündeten Italien, der bereits in Adua eine Schlappe erlitten hatte, umgehen und unmittelbar von Russland eine Abmachung hinsichtlich der Zeit nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches erzwingen. Der entsprechende Teil des Planes besagte, dass die Unterstützung von Sankt Petersburg für die Albanien-Politik des Ballhausplatzes erworben werden müsse. Der Doppelstaat würde ein

---

<sup>27</sup> Die Verwendung albanisch-sprachiger Schulbücher wurde dadurch erschwert, dass es damals noch kein einheitliches albanisches Alphabet gab.

<sup>28</sup> „Wir dürfen dabei nicht aus den Augen verlieren, daß wir vor allem durch Schaffung eines unabhängigen Albanien einen Keil zwischen Serbien und Montenegro treiben wollen...“ Eröffnungsrede von Gołuchowski am 23. Dezember 1896. *Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971.* 60.

<sup>29</sup> *Schwanda: Das Protektorat. 1965.* 39. Diesbezüglich entstand auch die Möglichkeit einer eventuellen Zusammenarbeit zwischen der Monarchie und Griechenland. *Skendi: The Albanian National Awakening. 1967.* 85.

<sup>30</sup> Gołuchowski wollte nicht, dass nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches Albanien von Serbien, Montenegro und Griechenland aufgeteilt würde, deswegen verfolgte er – auf Rat von Theodor Ippen, dem Generalkonsul in Skutari – auch eine Öffnung in Richtung der muslimischen Gebiete. *Hecht: Graf Goluchowski. 1951.* 64–67.

<sup>31</sup> *Behnen: Rüstung. 1985.* 361.



Versprechen ablegen, Albanien nicht zu besetzen, was auch keinem anderen Staat, z. B. Italien gestattet werden dürfte.<sup>32</sup>

Selbst der Generalstab verschloss sich nicht vor der Schaffung eines unabhängigen, Wien zugeneigten Albanien. Generalstabschef Beck bekannte sich aus „vitalen“ Gründen in einer Gedenkschrift vom 2. April 1897 zu einer entschiedeneren Interessensdurchsetzung.<sup>33</sup> Er hielt unter militärischem Aspekt die Kontrolle des östlichen Ufers der Adria aus zwei Gründen für wichtig: die Aufsicht über dieses Gebiet könnte den freien Weg für die militärische und Handelsflotte der Monarchie zum Mittelmeer und durch die Meersenge von Otranto sichern, bzw. dies würde auch eine strategische Position im Rücken von Serbien und Montenegro garantieren.<sup>34</sup> Diese Küstenstrecke müsse auf jeden Fall unter dem politischen Einfluss Wiens stehen, was Generalstabschef Beck durch eine traditionelle russische-österreichisch-ungarische Vereinbarung sichern wollte.<sup>35</sup> Das Memorandum wurde zur Grundlage einer kleineren Konferenz mit der Teilnahme der gemeinsamen Ministerien und des Generalstabes (Gołuchowski, Kállay, Beck), wo man versuchte die politischen und militärischen Interessen in Einklang zu bringen.<sup>36</sup> Vor den Augen des gemeinsamen

---

<sup>32</sup> Die beiden Großmächte wollten die Balkan-Halbinsel weiterhin in zwei Interessensphären teilen, Bosnien-Herzegowina und ein Teil des Sandschaks würden der Monarchie zufallen, aber darüber hinaus könnte keiner der Parteien hier weitere Gewinne erzielen. *Sutter: Um Österreich-Ungarns Grossmachtstellung. 1984. 391.*

<sup>33</sup> *KA, Operationsbureau, Fasz. 46., Nr. 29., „Beiträge zur Klarstellung der bei einer etwaigen Änderung des status quo auf der Balkanhalbinsel in Betracht zu ziehenden Verhältnisse“*

<sup>34</sup> „Im adriatischen Meer müssen wir uns für alle Fälle den freien Zugang zum jonischen und mittelländischen Meere durch die Straße von Otranto sichern...(Das ganze Ostufer des adriatischen Meeres), und zwar im Süden über die Bai von Valona hinaus, bis in die Gegend von Corfu darf aus den Händen der europäischen Türkei nur entweder in unseren direkten Besitz oder in jenen eines neuen Kleinstaates übergehen, der zur österreichisch-ungarischen Monarchie in ein klares und bestimmtes Abhängigkeitsverhältnis tritt.“ Denkschrift des Generalstabschef Beck am 2. April 1897. *Schandler: Die Albanienpolitik. 1971. 64.* Anhand der strategischen Gesichtspunkte würde es sich lohnen über eine „ost-adriatische Frage“ zu sprechen.

<sup>35</sup> Laut den Vorstellungen Becks könnten die Festlandgebiet bis in die Höhe von Korfu an Griechenlad kommen, darüber hinaus würde aber die Monarchie die politische Hoheit ausüben. Die russische-österreichisch-ungarische Grenze würde im Vardar-Tal bzw. an der Donau verlaufen (Saloniki würde noch kaiserlich und königlich sein). Das größere Gebiet des Sandschak würde unmittelbar zur Monarchie gehören. Serbien würde als Kompensation Mittel- und Ost-Kosovo (das Vilajet), bzw. Ost-Mazedonien erhalten. Montenegro könnte unter demselben Titel seine Hoheit auf das südliche Teil des Sandschaks, sowie auf Djakovica, Plav und Gusinje ausdehnen. Prizren hingegen würde Teil Albaniens. Die Ostgrenze Albaniens würde laut des Generalstabschefs an der Ostgrenze des Zufluss-Gebiets der Adria verlaufen, also an der Linie Šar-Planina – Dibra – Ohrid – Prespa See – Korica. Dieses Albanien hätte etwa die Größe von 34-35.000 km<sup>2</sup> gehabt und hätte über 1 Million Bewohner verfügt. (Das restliche Gebiet in Richtung Bulgarien und Griechenland mit seinen etwa 44.600 km<sup>2</sup> hätte Mazedonien gebildet). *Sutter: Um Österreich-Ungarns Grossmachtstellung. 1984. 392–398.*

<sup>36</sup> *Krause: Das Problem. 1970. 26–27.* Gołuchowski stimmte seine Pläne auch mit Marius von Pasetti-Friedenbourg, dem österreichischen-ungarischen Botschafter (zwischen 1895 und 1904) in Rom ab: was hat Italien vor? Will er eine ähnliche Rolle in Albanien übernehmen, wie die Monarchie in Bosnien-Herzegowina? Wo würde Italien die Grenzen Albaniens sehen und wo sucht man nach dem potentiellen Herrscher? Pasetti schlug vor, dass der Ballhausplatz eine Übereinkunft mit den Albanern treffe [es ist jedoch nicht ganz klar, mit genau wem], dass Albanien vor jedem äußeren Angriff verteidigt werde, wenn im Gegenzug die Kriegsschiffe Franz Josephs in albanischen Häfen stationieren könnten. Pasetti war der Meinung – nachdem er die italo-albanische Politik der italienischen Regierung sah (vgl. dazu III.2.2.1. Die Teilnahme der Italo-Albaner an der nationalen Renaissance) –, dass die Unterstützung der albanisch-sprachigen Journalistik notwendig wäre, und

Außenministers schwebte – im Gegensatz zu den Vorstellungen Becks – das Bild eines unabhängigen Albaniens. Er hielt auch eine größere Kompensation für Serbien notwendig und wollte zudem die Gebiete von Plav-Gusinje, Skutari und Janina an Albanien übergeben.<sup>37</sup>

Nach den Absprachen versuchte der gemeinsame Außenminister mit Russland ein Modus Vivendi zu finden. Dazu eröffnete der Besuch von Franz Joseph in Sankt Petersburg zwischen dem 27. und 29. April 1897 die Möglichkeit.<sup>38</sup> Die russische Seite sah die Konzeption von Goluchowski nur dann durchführbar, wenn sie im Gegenzug Kompensationen hinsichtlich der Meeresengen erhalte. Es schien jedoch, dass das Außenministerium des Zaren trotzdem überzeugt werden könnte, da sich die Aufmerksamkeit der russischen Außenpolitik zu dieser Zeit auf den Fernen Osten, bzw. auf Persien und Afghanistan konzentrierte.<sup>39</sup> Die beiden Parteien kamen zuletzt überein, dass beide in der Aufrechterhaltung des Status Quo am Balkan und in einer Zusammenarbeit hinsichtlich der Belange der Halbinsel interessiert waren, sowie auch darin, sich nicht in diese einzumischen. Nach der Annexion von Bosnien-Herzegowina – die seitens der kaiserlichen und königlichen Macht nach einer Vereinbarung durchgeführt wurde – sollte der restliche europäische Teil des Osmanischen Reiches unter den Staaten der Halbinsel aufgeteilt werden, so dass zwischen Janina und Skutari, mit unbestimmten Ostgrenzen, ein unabhängiges albanisches Fürstentum geschaffen werden sollte – „obzwar diese noch vorzeitige Fragen für Russland seien“.<sup>40</sup> Die

---

weitere humanitäre und kulturelle Investitionen getätigt werden müssten. Der Botschafter meinte, dass die Monarchie das anvisierte Ziel erreichen könnte, aber dazu wären ernste finanzielle Opfer zu erbringen. *Hecht: Graf Goluchowski. 1951. 125–127. und 140.* Der gemeinsame Außenminister nahm sich zu dieser Zeit dem Abt aus Mirdita, Preng Doçi an, von dem er viel hinsichtlich der Erwerbung der albanischen Sympathien erhoffte.

<sup>37</sup> *Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971. 65–67.*

<sup>38</sup> Während der Verhandlungen bedeutete nicht die albanische Frage das größte Problem: eine österreichisch-ungarische-russische Absprache war wegen den bulgarischen Komplikationen, sowie des griechisch-osmanischen Krieges infolge des Aufstandes von Kreta sowieso notwendig. *Palotás: A Balkán-kérdés. 1972. 212–216.*

<sup>39</sup> Japan erkämpfte sich zwischen 1894 und 1895 das Recht gegenüber China über Korea die Protektor-Macht auszuüben, bzw. traf zur Jahrhundertwende die russische Interessensphäre in Mittel-Asien auf die englische. *Blumenthal: Österreichische und russische Balkanpolitik. In: Donauraum 8 (1963). 120–123.*

<sup>40</sup> Sie schlossen nur eine mündliche Vereinbarung, die schriftliche Fassung wurde später konzipiert. Die Punkte der Vereinbarung hinsichtlich der Auflösung des Status Quo waren folgende: beide Parteien geben ihre Gebietseroberungen auf der Halbinsel auf, die Frage der Meeresengen und die Frage von Konstantinopel sind Fragen aller Mächte (können nicht in einer österreichisch-ungarischen-russischen Absprache gelöst werden), die Verhältnisse auf den weiteren Gebieten der Halbinsel bedürfen jedoch einer zweiseitigen Vereinbarung. Die Monarchie könne zu einem geeigneten Zeitpunkt Bosnien-Herzegowina und das Sandschak annektieren, zwischen Janina und Skutari muss ein unabhängiges Fürstentum Albanien geschaffen werden (unter Ausschluss der Hoheit einer fremden Macht). Die weiteren Gebiete würden zwischen den Kleinstaaten des Balkans aufgeteilt (aber keines der Länder darf ein Übergewicht erreichen). Ziel der beiden Mächte sei die Unterstützung der Entwicklung der Länder der Halbinsel bzw. die Vermeidung des Konflikts untereinander. *Palotás: A Balkán-kérdés. 1972. 227–228. und Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971. 68.* Den Text siehe *Pribram: Die politischen Geheimverträge. 1920. 78–82.*

Bedeutung der Verhandlungen zwischen den beiden Parteien lag darin, dass der Ballhausplatz seine weitere Balkan-Politik danach richtete.<sup>41</sup>

Die Vereinbarung mit der russischen Seite wurde am 15. Oktober 1904 in Sankt Petersburg (am Vorabend des russisch-japanischen Krieges) durch eine weitere Neutralitätsdeklaration bekräftigt, die festhielt, dass Russland der Monarchie im Falle eines wirtschaftlichen Eingriffes in Albanien keine Schwierigkeiten verursachen würde.<sup>42</sup> Unter dem Strich war jedoch Russland wegen den Fragen der Meeresengen nicht bereit in der Albanien-Frage nachzugeben (es gelang also nicht eine wirkliche Entscheidung durchzusetzen), weswegen Goluchowski nichts anderes übrig blieb, als auch mit dem verbündeten Italien Rücksprachen zu halten.

Zwar war seit 1882 die italienische-österreichisch-ungarische Absprache in dieser Frage kontinuierlich, aber das Jahr 1897 brachte eine qualitative Veränderung. Agenor Goluchowski und Emilio Visconti-Venosta setzten sich im November 1897 in Monza an den Verhandlungstisch um das gemeinsame Vertrauen wiederherzustellen und die mazedonische, bzw. albanische Frage zu klären. Während der Verhandlungen schlossen die beiden Außenminister eine mündliche Abmachung über die Beibehaltung des Status Quo, solange dies auf dem Balkan überhaupt möglich sei.<sup>43</sup> Sollte das Osmanische Reich auseinanderfallen (Mazedonien sich abspalten), würden die beiden adriatischen Mächte ihre weiteren Schritte im Voraus abstimmen und die Organisierung einer mit Privilegien ausgestatteten Provinz Albanien innerhalb des Reiches erreichen, oder aber gemeinsam einen autonomen albanischen Staat schaffen. Sie legten das Versprechen ab, im Interesse des Friedens in den albanischen Gebieten die aktive (militärische) Großmachtspolitik aufzugeben und ihre Interessen abzustimmen.<sup>44</sup> Die mündlichen Absprachen von Monza wurden in den Jahren 1900 und 1902

---

<sup>41</sup> Behnen: *Rüstung*. 1985. 360. Das österreichisch-ungarische Außenministerium war bis 1908 der Ansicht, dass es in den Fragen über die Halbinsel in erster Linie mit Russland sich verständigen müsse. Schanderl: *Die Albanienpolitik*. 1971. 54–55.

<sup>42</sup> Pribram: *Die politischen Geheimverträge*. 1920. 98. Die Deklaration ermöglichte auch verdeckte österreichisch-ungarische militärische Schritte im Falle einer italienischen Provokation. Rom wusste über diese Abmachung zwischen Wien und Sankt Petersburg nichts, Berlin war jedoch im Bilde (und nahm sie auch zur Kenntnis). Behnen: *Rüstung*. 1985. 113.

<sup>43</sup> Über die Vereinbarung von Monza (6. 11. 1897): Pribram: *Die politischen Geheimverträge*. 1920. 83–85.

<sup>44</sup> Sie würden sich also von der Okkupation der Ost-Adria abhalten. Friedjung: *Das Zeitalter des Imperialismus*. 1919. 364., Bridge: *The Habsburg Monarchy*. 1984. 35. Krause: *Das Problem*. 1970. 28. und Behnen: *Rüstung*. 1985. 362. „Albanien selbst hat keine große Wichtigkeit, seine besondere Bedeutung liegt in seinen Häfen und Küsten, deren Besitz für Österreich oder Italien gleichbedeutend mit der unbestrittenen Vorherrschaft im Adriatischen Meere ist. Die kann aber weder Italien Österreich zugestehen, noch Österreich Italien, und wenn das eine danach streben sollte, müßte sich das andere diesem Vorhaben mit allen Mitteln widersetzen. Da die beiden Staaten den Frieden vorziehen und ernstlich das Bündnis aufrecht zu erhalten wünschen, so haben sie auf jede Besetzung Albaniens im Falle der Störung des status quo verzichtet. Wie Graf Goluchowski treffend zu mir sagte, muß Albanien, wenn Österreich und Italien in Frieden leben wollen, für beide ein noli me tangere

durch einen Briefwechsel auch schriftlich bekräftigt.<sup>45</sup> Die Abmachung schuf in der Albanien-Politik der beiden Parteien einen sonderbaren Zustand, der von den Zeitgenossen als Politik des „noli me tangere“ charakterisiert wurde.<sup>46</sup>: offiziell waren beide adriatischen Mächte bestrebt nicht einzugreifen und das Status Quo aufrecht zu erhalten, aber inoffiziell begann ein ernstes wirtschaftliches, kulturelles und Handels-Wettlauf zwischen den Rivalen – bis zum Frühjahr des Jahres 1914.<sup>47</sup>

Die Vereinbarungen von Monza wurden von Wien und Rom im Späteren mehrmals bekräftigt (im Jahre 1904 in Sankt Jakobi [Abbazia / Opatija]<sup>48</sup>, im Jahre 1905 in Venedig, im Jahre 1907 in Desio und Semmering,<sup>49</sup> im Jahr 1909 in Rom<sup>50</sup> und auch im Jahre 1912 bei der Erneuerung des Dreibundes)<sup>51</sup>, aber dies deckte sich immer weniger mit der politischen und wirtschaftlichen Realität. Zumindest war es aber ein Versuch zur Regelung der Rivalität.<sup>52</sup> Die Parteien arbeiteten zwar keinen gemeinsamen Albanien-Plan aus, aber sie klammerten sich in ihren gemeinsamen politischen Absichtserklärungen an die nie genau definierten Begriffe vom „adriatischen Gleichgewicht“, oder von den „Machtpositionen an der Adria /

---

bleiben.“ Die Rede des späteren italienischen Außenministers Tittoni am 4. Mai 1904 im italienischen Repräsentantenhaus. *Tittoni: Italiens Außenpolitik. 1928. 63.*

<sup>45</sup> Über den Text der Vereinbarung: *Pribram: Die politischen Geheimverträge. 1920. 83–85. und Doerkes-Boppard: Das Ende des Dreibundes. 1916. 20–21.*

<sup>46</sup> Die Frage wurde zugleich dadurch kompliziert, dass sich an den Großmächtestatus auch gewisse Erwartungen knüpften: z. B. dass der jeweilige Staat über ein Territorium verfüge, dass er nicht unmittelbar im Besitz habe, aber seine Rechte und Hoheit von den anderen Großmächten anerkannt werden. Über solche Gebiete verfügte zur Jahrhundertwende weder die Monarchie, noch Italien (auf dem Balkan).

<sup>47</sup> Die Rivalität zwischen den beiden Großmächten in der Adria und auf dem West-Balkan trug ziemlich spezifische Züge. Für die Monarchie wurde die Erwerbung der Kontrolle über dieses Gebiet zur Existenzfrage, aber ihre Hände waren durch internationale Verträge gebunden. Für Italien war das Ziel Albanien zu erwerben nicht so exklusiv, aber die Frage hatte ebenfalls Priorität unter den politischen Bestrebungen; jedenfalls konnte selbst Rom keine freie Hand in diesem Gebiet erlangen. Deswegen wurden die imperialistischen Bestrebungen nicht von staatlichen Organen und Organisationen vertreten, sondern viel mehr von den Akteuren der Privatsphäre: Banken, Schifffahrts- und Handelsgesellschaften, Unternehmen. Diese Art der Interessendurchsetzung der Großmächte wird von Behnen als „informeller Imperialismus“ definiert. *Behnen: Rüstung. 1985.*

<sup>48</sup> Diese Treffen wurden von Italien initiiert, da Wien und Sankt Petersburg nach dem Mürzsteg-Programm des Jahres 1903 aus keiner Veränderung, die die Halbinsel betraf, ausbleiben wollte. *Fellner: Der Dreibund. 1960. 65.* Am 9. April 1904 bekräftigten die Außenminister Visconti-Venosta und Goluchowski ihre Vorstellungen über das Status Quo und auch dass keiner der Staaten Albanien erobern wollte. Italien kündigte an wegen Bosnien-Herzegowina keine Kompensationsansprüche zu erheben und dass es neben Wien und Sankt Petersburg nicht zur dritten Balkan-Großmacht werden wollte. *Schandler: Die Albanienpolitik. 1971. 72., Krause: Das Problem. 1970. 29. und Behnen: Rüstung. 1985. 372.*

<sup>49</sup> Am 29. April 1905 in Venedig: Tittoni und Goluchowski, am 13./15. Juli 1907 in Desio und am 23/24. August 1907 in Semmering: Tittoni und Aehrenthal. *Schandler: Die Albanienpolitik. 1971. 73.*

<sup>50</sup> *Pribram: Die politischen Geheimverträge. 1920. 99–100.*

<sup>51</sup> Diese Treffen wurden vor allem wegen Mazedonien organisiert, aber die Teilnehmer hielten auch Rücksprachen über Albanien. Siehe dazu: *Das albanisch-mazedonische Chaos. In: Chlumecky: Österreich-Ungarn und Italien. 1907. 55–153. und Fellner: Der Dreibund. 1960. 79.*

<sup>52</sup> Zur Jahrhundertwende versuchte Rom sowohl in Paris, als auch in London Unterstützung zur Herausarbeitung einer gemeinsamen Balkan-Politik zu erlangen, was in der französischen Hauptstadt kurzzeitig auch überlegt wurde. *Behnen: Rüstung. 1985. 368.*

nel'mare nostro"<sup>53</sup>. Die wirklichen Interessen Italiens wurden jedenfalls von der Barrère-Prinetti-Abmachung, der am Ende des Jahre 1902 geschlossen worden war, authentischer repräsentiert.<sup>54</sup>

Zur Jahrhundertwende wurde Albanien zu einem immer bedeutenderen Gesprächsstoff des italienischen öffentlichen Lebens. Die italienischen Bedenken richteten sich in erster Linie auf die Adria-Politik der Monarchie. Die politische Presse begann immer offener an der Frage zu rühren, wie lange das Status Quo aufrecht erhalten werden könne und inwiefern die Erneuerungen des Dreibundes die Machtrivalität der beiden Staaten in diesem Gebiet ausgleichen könnten.<sup>55</sup> Die immer offensivere Presse ließ auch immer öfter einflussreiche Politiker zu Wort kommen und trug bewusst das ihre dazu bei, dass Albanien zu einem der wichtigsten Fragen der italienischen politischen öffentlichen Meinung avancierte. Zeitlich fiel dies mit dem Aufeinandertreffen des italienischen Staates und der Italo-Albaner, sowie mit den Albanien-Plänen der italienischen Irredenta zusammen.<sup>56</sup> Ähnlich der Monarchie richtete sich die Angst vor allem darauf, dass zugunsten des österreichisch-ungarischen Staates keine Mächteverschiebung an der Ostküste der Adria vor sich gehe.<sup>57</sup>

Auf die Provokation der aktiv agierenden italienischen Zeitungen folgte keine Antwort ähnlichen Ausmaßes seitens der Druckpresse der Monarchie. Albanien beschäftigte die breitere, maßgebende politische Öffentlichkeit Wiens nicht wirklich. Einzig Leopold Chlumetzky<sup>58</sup> machte in seiner Publizistik auf die Gefahren der stärker werdenden

---

<sup>53</sup> Behnen: *Rüstung*. 1985. 387–389.

<sup>54</sup> Rom unterschrieb die Abmachung nur zwei Tage danach, dass im Rahmen des Dreibundes eine gemeinsame Flottenerklärung geschlossen worden war. In der Barrère-Prinetti-Abmachung bereinigte Rom und Paris die Handelsbeziehungen, Italien verpflichtete sich zur Neutralität im Falle eines französischen-deutschen Krieges, während Frankreich Tripolis (Libyen) an die italienische Interessensphäre überließ. Das nord-afrikanische Status Quo wurde damit verändert und Italien de facto zu einem unabhängigen Machtfaktor. Bosworth: *Italy*. 1984. 57. und Fellner: *Der Dreibund*. 1960. 50–51.

<sup>55</sup> Die italienische politische Öffentlichkeit sah ganz richtig, dass die Monarchie sich in erster Linie für die albanischen Gebiete an der Adria interessierte und (in dieser Zeit) über keine – alle betroffenen Gebiete umfassende – Albanien-Konzeption verfügte. Siehe San Giuliano: *Briefe aus Albanien*. 1913. 9–10. und 50–51.

<sup>56</sup> Es fiel sogar mit den Plänen der Italo-Albaner zum autonomen Albanien zusammen. Schanderl: *Die Albanienpolitik*. 1971. 85–89. und Chlumetzky: *Österreich-Ungarn und Italien*. 1907. 116. Der Wahrheit zuliebe muss auch erwähnt werden, dass auch in Dalmatien albanische Splittergruppen lebten, die im Mittelalter sich angesiedelt hatten. Zwar handelte es sich nur um einige Dörfer um Split, die bis dato von der Großmachtspolitik nicht berührt worden waren, aber die Monarchie versuchte nun aus den Bürgern von Borgo Erizzo (alb: Arbanasi, ung: Orbonás) albanischer Nationalität ihre eigenen „Italo-Albaner“ zu erschaffen. Siehe Krause: *Das Problem*. 1970. 34. und ÖHStA, XIV. *Albanien, Kt. 3., Albanesishe Sprachkurse in Borgo Erizzo 1897–1906*.

<sup>57</sup> „Italien kann und soll nicht nach europäischen Territorialbesitz jenseits seiner natürlichen Grenzen streben, aber es hat ein allererstes Interesse, zu verhindern, daß zu seinem Nachteil die Ordnung am Adriatischen Meere und das gegenwärtige Machtverhältnis zu demjenigen der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Veränderung erfahre.“ San Giuliano: *Briefe aus Albanien*. 1913. 10., bzw. Sosnosky: *Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns*. Bd.2. 1914. 255.

<sup>58</sup> Leopold Chlumetzky (1873–1940) war Politiker und Journalist, Mitarbeiter der *Österreichischen Rundschau*. Er beschäftigte sich größtenteils mit den italienischen-österreichisch-ungarischen Beziehungen, mit der südslawischen Frage und dem Balkan. Wegen seiner hervorragenden Informationsquellen, seiner guten

italienischen Propaganda aufmerksam.<sup>59</sup> Chlumetzky hielt die langfristigen Interessen der Donaumonarchie vor Augen, als er im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts die Notwendigkeit einer gut durchdachten, entschiedenen und finanzielle Opfer erbringenden Albanien-Politik publizierte (da nur noch „Mazedonien und Albanien frei wären“). Die sinnlosen oder nicht entschiedenen Aktionen würden nämlich nur den Rivalen begünstigen.<sup>60</sup>

Die Rivalität zwischen Rom und Wien wurde durch die Gesinnung der Generalstäbe der beiden Staaten weiter belebt: sie behandelten einander gegenseitig als Feinde und nach 1900 war eine der wichtigsten Motivationskräfte für den Flotten- und Heeresausbau bzw. für die Kriegspläne der zukünftig visionierte Krieg gegeneinander.<sup>61</sup>

Die italienische Regierung kompensierte die Vorteile, die sich aus dem Kultusprotektorat für die Monarchie ergaben, mit der Förderung der wirtschaftlichen und Handels-Investitionen. Zuerst musste die Verkehrsverbindung hergestellt werden.

Neben den Subventionen bedeuteten der Handel und die Schifffahrt eine gute Möglichkeit zur Ausgestaltung der Abhängigkeit. Albanien hatte keine Industrie, aber war ein an Mineralschätzen reiches Agrarland, das hervorragende Investitionsmöglichkeiten bot – insofern die Anleger dorthin gelangen konnten. Zwischen 1850 und 1853 startete der *Österreichische Lloyd* die ersten, nicht regelmäßigen Schifffahrten in die albanischen Häfen. Die regelmäßigen (zwei)wöchentlichen Fahrten wurden nach 1853 eingeleitet. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war in der internationalen Handelsschifffahrt fast nur die österreichische Flagge zu finden, einzig der Dampfer einer englischen Kompanie bedeutete in den 1880er Jahren etwas Konkurrenz.<sup>62</sup> In der Schifffahrt in Ufernähe bzw. auf dem Skutari-See nahmen auch montenegrinische, türkische und albanische Schiffe teil. Der spärliche Schiffsverkehr sicherte praktisch den einzigen Kommunikationskanal mit der Außenwelt.

---

Bekanntheit und seiner Loyalität zur Monarchie wurde er nach 1906 auch mit diplomatischen Aufgaben versehen. *ÖBL, Bd. 1., 1957.* 144–145.

<sup>59</sup> „[...] wir waren Zeugen, wie durch Schwäche und Nachgiebigkeit am Ballhausplatz neue schwerwiegende Konfliktmomente zwischen Österreich-Ungarn und Italien geschaffen und allmählich großgezogen wurden.“ *Die nächsten Ziele unserer auswärtigen Politik, Österreichische Rundschau. 1907.04.01. In: Chlumecky: Die Agonie des Dreibundes. 1915.* 25. Die kaiserlichen und königlichen Konsuln in Albanien zeigten dem Außenministerium auch andauernd die Gefahren der italienischen Agitation an. *Schandler: Die Albanienpolitik. 1971.* 74–75., 85–87.

<sup>60</sup> „Welchen Wert mag die von einer Regierung eingegangene Verpflichtung zur Wahrung des Status quo besitzen, wenn dieselbe Regierung, gleich wie alle ihre Vorgänger und Nachfolger im Amte, unentwegt in nachhaltiger Weise eine Aktion fördert, deren Endziel doch nur eine Verschiebung der gegenwärtigen Verhältnisse zugunsten Italiens sein kann.“ *Chlumecky: Österreich-Ungarn und Italien. 1907.* 241.

<sup>61</sup> Die diesbezüglichen Entwicklungs- und Kriegspläne bzw. Politik siehe: *Behnen: Rüstung. 1985.* 101–109., 114–17., 124., 133., 139., 146–48., 175–76., 224., 243–249.

<sup>62</sup> Die Ursache für den spärlichen internationalen Schiffsverkehr war eine große Interesselosigkeit. *Schandler: Die Albanienpolitik. 1971.* 113.

Nach der Schlappe in Äthiopien begannen einige italienische politische Journalisten – und sogar Politiker – zu verlangen, dass zwischen Albanien und der Apennin-Halbinsel die ständige Schifffahrt aufgenommen werde.<sup>63</sup> Diese Aufgabe wurde von der *Puglia* Gesellschaft übernommen, die ab 1893 in zweiwöchigen Abständen Schifflinien betrieb. Im Jahr 1897 begann der *Lloyd Italiano* eine ständige Schifffahrtslinie zwischen Brindisi und Preveza. Die zur Jahrhundertwende immer härter werdende Politik des Sultans wertete die Bedeutung der ausländischen Post auf (z. B. auch wegen des Briefgeheimnisses): dem Erscheinen der Handels- und Schifffahrtsagenturen folgte der Ausbau der österreichisch-ungarischen und der italienischen Postnetzwerke in den albanischen Häfen und größeren Städten (z. B. Janina).<sup>64</sup>

Nach 1900 konnten die Gesellschaften der Monarchie mit der rapiden Entwicklung des italienischen Schifffahrtsverkehrs nicht Schritt halten.<sup>65</sup> Der Grund dafür war, dass die Häfen der italienischen Halbinsel eine vorteilhaftere geographische Lage inne hatten, als die Doppelmonarchie. Die *Puglia* konnte zwischen 1901 und 1905 gegenüber allen drei Rivalen aus dem Donaustaat seinen Anteil erhöhen. Die Gesellschaften der Monarchie konnten allein hinsichtlich der nach Skutari gelieferten Waren ihre Positionen bis zur Annexionskrise bewahren.<sup>66</sup>

### Die Entwicklung der prozentuellen Verteilung des Warenverkehrs mit den Küstengebieten Albaniens zwischen den einzelnen Schifffahrtsgesellschaften<sup>67</sup>

%	Österreich-Ungarische Monarchie			Italien
	Österreichischer Lloyd	Ragusea	Ungaro-Croata	Puglia
1901	50,9	33,6	–	15,5
1902	56,4	21,3	–	22,3
1903	52,0	20,7	–	27,3
1904	25,7	14,5	9,8	50,0

<sup>63</sup> San Giuliano überlegte sogar die Möglichkeit der italienischen Kolonisation. *San Giuliano: Briefe aus Albanien. 1913.* 15–16. und 31. In dieser Schrift warf der spätere italienische Außenminister auch die Möglichkeit der Aufteilung Albaniens in wirtschaftliche Interessensphären auf. Die Aufrechterhaltung des Status Quo auf diese Weise schien ein Antagonismus zu sein, im Interesse eines wirksamen Bündnisses hätte ein Modus Vivendi gefunden werden müssen. Deswegen sah San Giuliano vor die Küstengebiete, Skutari und Janina an Italien, die Strecke zwischen Sarajewo und Saloniki (die Wilajets von Kosovo und Monastir) an die Donaumonarchie zu übergeben. *San Giuliano: Briefe aus Albanien. 1913.* 51.

<sup>64</sup> Über die Bedeutung der österreichischen und italienischen Post siehe *San Giuliano: Briefe aus Albanien. 1913.* 32–35.

<sup>65</sup> Als Zeitdokument siehe dazu unter anderem: *Der Österreichische Lloyd und sein Verkehrsgebiet. 1903.*

<sup>66</sup> Der Österreichische Lloyd wickelte im Jahre 1880 in Skutari und Durazzo noch 70% seines Außenhandels ab, während diese Summe im Jahre 1910 nur noch 40% betrug. *Prela: Aspekte ekonomike. In: Studime Historike 1966/3.* 78. und 81. Der Österreichische Lloyd konnte nach 1906 alleine in Durazzo seine relative Überlegenheit über die *Puglia* behalten. *Shpuza: Aspekte. In: Studime Historike 1977/1. (14)* 113.

<sup>67</sup> Anhand von *Riedl, Richard: Albanisch-montenegrinische Verkehrsfragen. Eine wirtschaftspolitische Reisestudie. 1906.* siehe *Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971.* 118–122. und *Behnen: Rüstung. 1985.* 377–378.

1905	9,6	7,6	20,3	62,5
------	-----	-----	------	------

Der italienische Verkehrs- und Finanzimperialismus gewann besonders nach der Jahrhundertwende an Schwung. Für die Akteure des italienischen Wirtschaftslebens war in diesem Gebiet vor allem die Ost-Adria wichtig, neben Albanien war auch das ebenfalls unterentwickelte Montenegro ein Zielgebiet für den Kapitalexpert.<sup>68</sup> Nach 1901 wurden nacheinander Privatgesellschaften ins Leben gerufen, die nach Investitionen trachteten: zuerst die *Società per le miniere d'Oriente* (im Jahre 1901 in Rom; sie erlangte das Monopol über die zweitwichtigste Exportware Montenegros, dem Tabak).<sup>69</sup> Im Jahre 1903 folgte das in Milano gegründete Syndikat mit dem Namen *Società Italiana d'Esportazione e d'Importazione col Montenegro e coll'Albania* (mit anderem Namen: *Sindacato Italo-Montenegrino*)<sup>70</sup>, das die Wirtschaftsinteressen der Monarchie stark gefährdete.<sup>71</sup> Nach einer kurzen Zeit legten die betroffenen Firmen bereits Pläne zu langfristigen Investitionsprojekten vor, z. B. Vorschläge zum Eisenbahnbau, zur Entwicklung der Schifffahrt (Entwicklung der Hochsee-, Fluss- und See-Schifffahrt, Bau von Häfen, Flussregelungen, Brücken- und Straßenbau, Ausbau des Telegraphennetzes). Im Jahre 1905 entschloss sich sogar die *Banca Commerciale* zu Investitionen an der Adria: sie ergriff die Initiative zur Gründung der italienisch-montenegrinischen *Compagnia di Antivari*, die im Gegenzug für den Ausbau des Hafens von Antivari eine Jahrzehnte währende Hafenkonzession erhoffte.<sup>72</sup> Die aus Privatinitiative entstandenen Gesellschaften wurden von der römischen Regierung wegen ihrer anti-österreichischen Adria-Politik mit Wohlwollen betrachtet, da sie damit rechnete, dass diese Firmen mit der Zeit auch für den Staat Früchte tragen werden: nämlich die Wirtschafts- und Finanzkontrolle über Albanien. Die Gesellschaften bettelten jedoch vergeblich um staatliche Subventionen.<sup>73</sup> Die aufeinander folgenden italienischen

<sup>68</sup> Montenegro versprach auch schon deswegen große – Handels- und Infrastruktur- (Bahn-) – Möglichkeiten sowohl für Italien, wie auch für die Monarchie, weil es mit Albanien benachbart war.

<sup>69</sup> Behnen: *Rüstung*. 1985. 393.

<sup>70</sup> Krause: *Das Problem*. 1970. 35. Über die Tätigkeit des Syndikates siehe die Druckschrift, die für einen internen Gebrauch am Ballhausplatz angefertigt wurde: *ÖHStA, Nachlaß Kral, Kt. 1., Exposé über die Action des „Sindacato italo-montenegro“ in Montenegro und Albanien im Allgemeinen und über das Bahnprojekt Antivari-Scutari-See in Besonderen*. 1906. Nr. 20.006/9 – 1906.

<sup>71</sup> Eine ebensolche Gesellschaft war noch die im Jahre 1907 in Venedig gegründete *Società Commerciale d'Oriente*. Neben den großen Bank- und Handelsgesellschaften waren auch die einzelnen Großunternehmer vor Ort (siehe den österreichischen Paul Siebertz), z. B. die Firma des Giacomo Vismara (?-?) aus Milano.

<sup>72</sup> Im Jahre 1906 wollte am Plan auch die französische *Banque de Paris des Pays Bas* teilnehmen. Über die konkreten Pläne der italienischen Gesellschaften siehe Behnen: *Rüstung*. 1985. 392–401.

<sup>73</sup> Am West-Balkan musste Rom aus politischen Gründen praktisch gegen seine eigenen Wirtschaftsinteressen politisieren, aber zur Jahrhundertwende bewegten sich die primären Wirtschaftskonzepte der Consulta sowieso um Nord-Afrika und den Nahen Osten. Di Iorio: *Italy*. 1985. 277–278.



Außenminister versagten aus politischen Gründen immer wieder die (offizielle / offene) staatliche Teilnahme, da sie bis 1912 Gegenschritte seitens der Monarchie befürchteten.<sup>74</sup> Die finanzielle (imperialistische) und die offizielle Balkan-Politik beeinflussten jedoch einander. Um 1906 erkannte das italienische Außenministerium, dass die Monarchie im politischen Sinne umgangen werden könnte, wenn man versuchte die italienischen Ziele in einem breiteren internationalen Rahmen durchzusetzen.<sup>75</sup>

Im Jahr 1910 erreichte der italienische Warenverkehr in Albanien ihr Maximum, nach den Berechnungen von Schanderl war sie schätzungsweise dreimal so hoch, wie der österreichisch-ungarische.<sup>76</sup> Wegen dem Krieg um Tripolis war zwar zwischen 1911 und 1913 ein gewisser Rückgang zu verzeichnen, aber die Monarchie konnte nicht einmal diesen italienisch-türkischen Krieg nutzen um seine Wirtschaftspositionen zu verstärken.<sup>77</sup> Im Allgemeinen gewann den wirtschaftlichen Wettlauf im Jahre 1912 eindeutig Italien und dies hatte auch Auswirkungen auf seine weitere Politik.<sup>78</sup>

Wirtschaftlich kam die Donaumonarchie zur Jahrhundertwende in eine ungünstige Situation. In den 1860er Jahren bildete der wirtschaftliche Entwicklungsstand der Gebiete der Habsburger einen Übergang zwischen den Zuständen des Balkans und West-Europas. Der relative Rückstand zu West-Europa sicherte eine gute Position für Österreich-Ungarn im osteuropäischen Gebiet, was es gegenüber den Staaten der Halbinsel auch auszunutzen trachtete: der Donaustaat versuchte sie seinem Wirtschaftseinfluss unterzuordnen. Diese Bestrebung konnte jedoch parallel zu den politischen Bezügen nicht Erfolg haben. Dies trat noch praktisch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an den Tag, denn Wien konnte nicht einmal hinsichtlich der Donauschifffahrt und des Eisenbahnbaus, die große Möglichkeiten versprachen, seine Hegemonie-Ansprüche durchsetzen.<sup>79</sup> Der Verlust der

---

<sup>74</sup> Behnen: *Rüstung*. 1985. 398. und 404. Alles in Allem kann ausgesagt werden, dass es in Italien keine einheitliche Albanien- oder albanische Konzeption gegeben hat (seitens des Staates siehe dazu die Politik des Außenministeriums und die Beziehungen zu den Italo-Albanern, die Adria- bzw. *mare nostrum*-Ideologie der politischen Presse, sowie die Wirtschaftsinteressen des Staates im Spiegel der Beziehungen der betroffenen Staatsorgane mit den Privatinvestor-Gruppen). Mit den Argumenten von Behnen kann die Sichtweise von Di Iorio entgegengestellt werden, der der Meinung ist, dass nach 1908 – unter anderem auch hier – die italienische Wirtschaftspolitik entschiedener wurde. *Di Iorio: Italy*. 1985. 281.

<sup>75</sup> Ein gutes Beispiel dafür ist der serbische-russische-französische Plan zur Donau-Adria-Eisenbahn, in dem um 1908 auch Italien teilnehmen wollte. Dazu wurde es vom Druck der Öffentlichkeit gezwungen. Aber um einen Konflikt mit Wien zu vermeiden, stellte sich die Consulta nicht auf die Seite des Planes. *Behnen: Rüstung*. 1985. 436–442.

<sup>76</sup> Schanderl: *Die Albanienpolitik*. 1971. 139.

<sup>77</sup> Siehe dazu *Albanien. Wirtschaftliche Verhältnisse 1913. 1915*. 3–47.

<sup>78</sup> „Italy’s intensifying economic competition with Austro-Hungary, in the view of some scholars, along with the Italian government’s growing responsiveness to Italian business interests, actually determined Italy’s Balkan policy and shift away from the Triple Alliance after 1908.“ *Di Iorio: Italy*. 1985. 276.

<sup>79</sup> *Palotás: Die außenwirtschaftlichen Beziehungen*. 1989. Über die Donau-Schifffahrt: 607–9. und über die Eisenbahn: 595–607.

Wirtschaftspositionen kann mithilfe der Handelsverträge, die mit den einzelnen Staaten der Halbinsel abgeschlossen wurden, nachvollzogen werden.<sup>80</sup> Die anfängliche Dominanz ging zur Jahrhundertwende stark zurück und der österreichisch-ungarische Außenhandel verlor die Mehrheit seiner balkanischen Märkte. Praktisch wurde er im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts in eine „defensive Position“ gegenüber den kleinen Staaten gedrängt, was weiter durch die Tatsache verschlimmert wurde, dass Deutschland, das die Monarchie als „natürlichen“ Markt betrachtete, die schon schwachen Wirtschaftspositionen seines Verbündeten auf dem Balkan weiter zu untergraben begann. Die Doppelmonarchie wurde in die westliche Hälfte der Halbinsel zurückgedrängt, wo sie deswegen den albanischen Gebieten eine immer betontere Rolle zudachte.<sup>81</sup>

Bereits zur Zeit der Orientalischen Krise forderte die Presse, dass die Monarchie mit Wirtschaftsmitteln den Balkan erobere.<sup>82</sup> Es gab jedoch zwei Faktoren, die die Herausbildung einer einheitlichen Außenwirtschaftskonzeption hinderten: einerseits hatten die beiden Reichshälfte abweichende handelspolitische Interessen (Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien erschienen praktisch nur in den österreichischen Plänen), andererseits herrschten innerhalb des Reiches besonders große Wirtschaftsunterschiede (z. B. zwischen Böhmen und der Bukowina).<sup>83</sup>

Die Rückständigkeit Albaniens bedeutete auch für die Monarchie große Investitionsmöglichkeiten, aber das Interesse der Großunternehmen und Banken des Donaustaates blieb – trotz des guten italienischen Beispiels – sehr zurückhaltend.<sup>84</sup> Der Grund dafür lag neben den bereits erwähnten eigentümlichen österreichisch-ungarischen Verhältnissen (nämlich dass die Osthälfte der Monarchie selbst eines Kapitalimportes bedurfte), vor allem darin, dass die potentiellen Investoren durch die Rückständigkeit der albanischen Infrastruktur und den unsicheren Zuständen abgeschreckt wurden.<sup>85</sup> Hier hätte es jedoch sogar staatliche Subventionen gegeben: im Jahre 1877 erweiterte z. B. der Österreichische Lloyd seine Linien nach Albanien auf Ersuchen des Staates.<sup>86</sup> In Richtung Albaniens und Montenegros hatten zwei Großbanken die Möglichkeit zur Expansion: der

---

<sup>80</sup> Palotás: *Die Rolle der Wirtschaftsbeziehungen*. 1991. 65.

<sup>81</sup> Hobus: *Wirtschaft*. 1934. 33–35. und 63–76.

<sup>82</sup> Gostentschnigg: *Zwischen Wissenschaft*. 1996. 81.

<sup>83</sup> Palotás: *Die außenwirtschaftlichen Beziehungen*. 1989. 601. und Křížek: *Die wirtschaftlichen Grundzüge*. 1963. 62.

<sup>84</sup> Spätestens mit der Gründung der *Società Italiana d'Esportazione e d'Importazione col Montenegro e coll'Albania* im Jahre 1903 in Milano hätte die Monarchie eine aktivere Wirtschaftspolitik beginnen müssen, aber dies blieb aus. Krause: *Das Problem*. 1970. 35.

<sup>85</sup> Zudem nahmen die österreichischen Großbanken mit Vorliebe an den Unternehmen der ausländischen Banken teil, falls sie ihr Kapital ins Ausland transferierten. Behnen: *Rüstung*. 1985. 405–406.

<sup>86</sup> Prela: *Aspekte ekonomike*. In: *Studime Historike* 1966/3. 2. und 71.

*Wiener Bankverein* und die *Bodenkreditanstalt*. Diese zwei Banken hüteten sich jedoch wegen der politischen Unsicherheit und dem zu erwartenden niedrigem Gewinn (sowie wegen dem Investitionsrisiko) bis 1908 vor dem Unternehmen.<sup>87</sup>

Nach 1903 sandten die kaiserlichen und königlichen Konsuln aus den Hafenstädten immer ernsthaftere Mahnungen über die Verstärkung der italienischen Präsenz und ihrer Bestrebungen. Der im Jahre 1906 ernannte neue Außenminister, Aehrenthal unternahm den Versuch auf dem Gebiet der Handelspolitik in Wettkampf mit Italien zu treten. Die Experten des Ballhausplatzes überlegten wie Grenzen überschreitende Handels- und politische Pläne durchgesetzt werden könnten, ohne dabei das Status Quo zu verändern.<sup>88</sup> Während der Jahre 1906 und 1907 wurden erneut balkanische Eisenbahnpläne geschmiedet, die Dalmatien und Bosnien-Herzegowina mit den bereits bestehenden spärlichen osmanischen Eisenbahnnetzen hätten verbinden können (Eisenbahnplan „Transbalkan“ bzw. der österreichisch-ungarische Donau-Adria-Plan).<sup>89</sup> Von den zahlreichen Eisenbahnplänen entschied sich Aehrenthal am 10. Juli 1907 bei der Konferenz der gemeinsamen Finanz- und Außenministerien für die Priorität der Sandschak-Eisenbahn. Wegen der vagen Vorstellungen des Außenministers und mangels Interesses konnten jedoch die österreichischen Großbanken nicht für die Pläne gewonnen werden. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Monarchie die italienische Wirtschaftspolitik in erster Linie mit Subventionen im sozialen, humanitären und kulturellen Bereich auszugleichen trachtete.<sup>90</sup>

Neben dem Wirtschaftswettbewerb entfaltete sich zur Jahrhundertwende auch ein italienischer-österreichisch-ungarischer Wettlauf auf dem Gebiet der Kultusprotektorat-Rechte und der Kultur (Schulen). Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts konnte nichts die Kultusprotektorat-Rechte Wiens gefährden; zu dieser Zeit setzte sich jedoch auch noch keine aktive Großmachtpolitik unter den Diplomaten des Ballhausplatzes hinsichtlich Albanien durch. Der Pariser Frieden des Jahres 1856 brachte jedoch die erste bedeutende Restriktion im Kultusprotektorat: jede Großmacht wurde zum Protektor des Christen auf dem Gebiet des Osmanischen Reiches. Die zweite bedeutende Restriktion bedeutete danach Artikel 62. des

---

<sup>87</sup> Auch in den balkanischen Investitionen war das Fehlen der einheitlichen Außenwirtschaftskonzeption ersichtlich. Falls die Großbanken der Monarchie Investitionsmöglichkeiten auf der Halbinsel suchten, dann wandten sie sich in erster Linie nach Serbien, Rumänien oder Bulgarien. *Behnen: Rüstung. 1985. 407–410.*

<sup>88</sup> *Behnen: Rüstung. 1985. 420.* und *Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971. 122–123. und 135.*

<sup>89</sup> Der Plan der Eisenbahnlinie Dalmatien-Nord-Albanien war Cattaro–Antivari–Skutari–San Giovanni di Medua. *Behnen: Rüstung. 1985. 421.*

<sup>90</sup> *Behnen: Rüstung. 1985. 379. und 425–429.*

Berliner Vertrages aus dem Jahre 1878, der eine Ansiedlung der katholischen Mönchsorden im Osmanischen Reich ermöglichte.<sup>91</sup>

Die Kultusprotektorat-Rechte, die von der Doppelmonarchie behalten wurden, ermöglichten natürlich weiterhin den Eingriff in osmanische interne Angelegenheiten und Wien wollte dieses Privileg nicht aufgeben. Die Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1887 ermunterte jedoch die italienische Diplomatie auch auf diesem Gebiet. Rom betrachtete ab der Mitte der 1880er Jahre die Kultusprotektorat-Rechte als hervorragende Ausgangspositionen zur Herstellung der Kontrolle über Albanien.<sup>92</sup> Im Jahre 1888 begann Außenminister Crispi Verhandlungen mit dem Vatikan über die Kultusprotektorat-Rechte Italiens hinsichtlich der Katholiken auf dem Balkan. Papst Leo XIII. genehmigte dies jedoch nicht – neben dem bestehenden Konflikt mit dem italienischen Staat war er nämlich auch selbst bestrebt seine eigene Suprematie in einem mit Konstantinopel abzuschließenden Konkordat geltend zu machen.<sup>93</sup>

Ein weiterer italienischer-österreichisch-ungarischer Konflikt bezüglich des Kultusprotektorates war ebenfalls rechtlicher Natur. In den internationalen Beziehungen war es längst gängig geworden, dass ein Staat Anspruch darauf erhob, in ausländischen Angelegenheiten, die seine Staatsbürger betrafen, zum Schutz derselben aufzutreten. Die italienischen Konsuln verfahren in den Streitfragen, die italienische Staatsbürger betrafen auch in Albanien dementsprechend. Nach der Jahrhundertwende begannen jedoch die Beamten des italienischen Außenministeriums, der Consulta – man weiß nicht, ob auf höhere Anweisung oder nicht – auch im Falle solcher katholischer Geistlicher aufzutreten, die zwar italienischer Nationalität waren aber über keine italienische Staatsbürgerschaft verfügten; dies verletzte jedoch die Kultusprotektorat-Rechte der Monarchie.<sup>94</sup>

Auf dem Gebiet der Schulpolitik kristallisierte sich die Rivalität der beiden adriatischen Mächte hinsichtlich der Unterrichtssprache heraus.<sup>95</sup> Die Monarchie steigerte seit

---

<sup>91</sup> Benna: *Studien. In: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchives* 7. (1954). 14.

<sup>92</sup> Di Iorio: *Italy. 1985.* 255. Diese italienische Anschauung war reichlich übertrieben, denn die Katholiken stellten innerhalb der Albaner die kleinste Religionsgruppe dar, zudem wohnten sie zumeist in ganz unzugänglichen Berglandschaften. Diese Stämme sonderten sich auch voneinander ab und hielten nur ihre eigenen Interessen vor Augen. Unter solchen Umständen war es fraglich, inwieweit diese Bevölkerung durch das religiöse und Konsulatssystem einer ausländischen Großmacht für die eigenen Interessen gewonnen werden konnte. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die osmanischen Behörden selbst hinsichtlich der grundlegendsten staatlichen Bestreben (Steuern, Rekrutenaushebung, usw.) erfolglos blieben.

<sup>93</sup> Der Plan kam seitens Leo XIII. sowohl im Jahre 1888 als auch im Jahre 1892 ins Gespräch, er wurde aber von der Monarchie nicht befürwortet. Benna: *Studien. In: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchives* 7. (1954). 16–19. und 23.

<sup>94</sup> Benna: *Studien. In: Mitteilungen des österreichischen Staatsarchives* 7. (1954). 33–35.

<sup>95</sup> Wie alles andere auch, ergab „natürlich“ auch die Zahl der von den beiden Großmächten finanzierten Schulen einen Grund zur Rivalität. Dies gewann jedoch die Monarchie bis 1914 (alle Schultypen mitgerechnet) gab es

den 1880er Jahren stetig ihre Kultusprotektorat-Ausgaben auf den albanischen Gebieten. Es entstanden zahlreiche neue Schulen, Krankenhäuser, Kirchen und weitere religiöse Bauten und sie schenkte auch der Ausbildung des Klerus größere Aufmerksamkeit. Aber trotz alledem schienen diese Anstrengungen vergeblich zu sein: die Priesterschaft und das Mönchtum war nämlich größtenteils italienischer Nationalität und wurde – auch dank der italienischen Unterrichtssprache in den Missionsschulen – zum Verfechter der italienischen Ideen (mithilfe österreichisch-ungarischer Gelder).<sup>96</sup> Rom begann zudem einen Teil der italienischen Kleriker zu finanzieren und half dabei, dass der Priesternachwuchs in immer größerem Maße italienische Seminare zum Ort seiner Studien wählte. Der italienische Staat eröffnete im Jahre 1888 seine erste, nicht geistliche Ausbildungsstätte in Skutari.<sup>97</sup> Das Erscheinen des italienischen weltlichen Schulsystems brachte natürlich die massenhafte Verbreitung italienischer Bücher, Broschüren, Zeitungen und sonstiger Publikationen mit sich. Die Tatsache, dass die italienischen Schulen – im Gegensatz zu den Schulen des Kultusprotektorates, die jedoch die albanische Unterrichtssprache eingeführt hatten – kostenfrei waren, begünstigte ebenfalls die italienischen Interessen.<sup>98</sup>

Das neue Wiener Subventionssystem, das zwischen 1895 und 1903 entstanden war, trug bereits den Anspruch in sich, dass die Monarchie im Gegenzug für die Aufwendungen des Schulsystems auch politische Unterstützung seitens des von ihr finanzierten Klerus erwartete. Ab 1908 überschritt der Ballhausplatz auf Vorschlag von August Kral, dem kaiserlichen und königlichen Generalkonsul in Skutari, seine Kultusprotektorat-Rechte und begann eindeutig zur Unterstützung politischer Ziele Gelder aufzuwenden.<sup>99</sup> Etwa zu dieser Zeit nahm die Monarchie auch auf sich, dass ihr Konsulatssystem – parallel zu den immer gewaltsameren Maßnahmen der jungtürkischen Politik gegen die albanische Sprache – sich mit der Verbreitung der gedruckten albanisch-sprachigen Presseprodukte und Bücher beschäftigte.<sup>100</sup>

---

neben den 13 italienischen Schulen insgesamt 24 österreichisch-ungarische Schulen und auch die Anzahl der Schüler betrug 1:2 zugunsten Wiens. Siehe dazu *ÖHHStA, Nachlaß Szápáry, Kt. 4., Albanische Schulaktion*.

<sup>96</sup> *Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971. 99–100.* Siehe dazu noch: „Durch seine religiöse Propaganda sorgt Österreich also auf eigene Kosten für die Verbreitung der italienischen Sprache, und diese, als bestes Übertragungsmittel für Gedanken und Gefühle, wirkt selbsttätig im entgegengesetzten Sinne als dem von Österreich beabsichtigten.“ *San Giuliano: Briefe aus Albanien. 1913. 49.*

<sup>97</sup> Dem folgten bald neue Schulgründungen in Valona, Preveza, Durazzo, usw. *Krause: Das Problem. 1970. 31.o. és Di Iorio: Italy. 1985. 255.*

<sup>98</sup> *Chlumecky: Österreich-Ungarn und Italien. 1907. 161–163.* und *Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971. 98.*

<sup>99</sup> Zur Zeit der Annexionskrise wurde am Ballhausplatz vorgenommen die nordalbanischen Stämme zu bewaffnen, um die Militärfkraft von Serbien und Montenegro zu teilen. Siehe dazu: *Csaplár: Nopcsa Ferenc. In: Fons 2001/3. 321–327.* und *Ramhardter: Das Kultusprotektorat. 1989. 523.*

<sup>100</sup> *Schanderl: Die Albanienpolitik. 1971. 104–106. und 110–112.*

Der Konkurrenzkampf zwischen den Großmächten wurde nicht nur in der Politik, der Wirtschaft und der Kultur gefochten, sondern auch in der Wissenschaft. Die mit europäischem Maßstab unbekannt Balkan-Halbinsel bedeutete einen idealen Schauplatz. Das vom Staat unterstützte wissenschaftliche Interesse hatte natürlich sehr einfache Gründe: jede Großmacht wollte die wirtschaftlichen-gesellschaftlichen Umstände der betroffenen Gebiete mithilfe von Forschungsexpeditionen ermitteln, bzw. die eigenen Machtbestrebungen durch die Erforschung der Geschichte der ausserkorenen Gebiete rechtfertigen.

In der Österreichisch-Ungarischen Monarchie geschah aber noch viel mehr. Seit den 1850er Jahren begannen nämlich die Konsuln, die auf albanischen Gebieten dienten, aus eigenem Interesse wissenschaftliche Unternehmungen, mit denen sie die sprachlichen, ethnographischen und historischen Fragen des fast unbekannt Albaner erforschten.<sup>101</sup> Ihre Forschungen wurden im Späteren auch in Buchform veröffentlicht. Infolge des Interesses der Großmächte nahmen aus der Reihe der angesehensten Balkan-Forscher, Historiker auch Konstantin Jireček, Milan Šufflay und Lajos Thallóczy ihren Anteil an der Erschließung der albanischen Geschichte.<sup>102</sup> Zur Jahrhundertwende konnte die moderne Albanologie endgültig ihre Positionen in der Reihe der philologischen Wissenschaften bekräftigen. Die Aussage jedoch, dass die österreichisch-ungarische Albanologie ausschließlich ein Produkt der Großmächtepolitik wäre bzw. dass die ersten Jahrzehnte ihrer Geschichte die Interessen des Ballhausplatzes umrahmten, hat keinen Bestand.<sup>103</sup>

Neben den Forschungen an den Schreibtischen, bzw. in den Bibliotheken und Archiven ist es auch wichtig die konkreten, vor allem naturwissenschaftlichen

---

<sup>101</sup> Hahn: *Albanesische Studien*. 1853., Hahn: *Reise von Belgrad nach Saloniki*. 1861., Hahn: *Reise durch die Gebiete von Drin und Wardar*. 1867.; Lippich: *Denkschrift über Albanien und Mirdita*. 1877.; Ippen: *Das religiöse Protektorat*. In: *Die Kultur*. Jg. 3. 1901–1902., Ippen: *Skutari und die nordalbanische Küstenebene*. 1907., Ippen: *Die Gebirge des nordwestlichen Albanien*. 1908., Ippen: *Das Gewohnheitsrecht der Hochländer in Albanien és Beiträge zur inneren Geschichte Albaniens im 19. Jh*. In: *Illyrisch-albanische Forschungen*. Band 1. 1916. usw.

<sup>102</sup> *Illyrisch-albanische Forschungen*. 2Bde. Hrsg. Thallóczy. 1916., und *Acta et diplomata res Albaniae mediae aetatis illustrantia*. Vol.1–2. Ed. Thalloczy-Jirecek-Sufflay. 1913–18.

<sup>103</sup> Hier gibt es eine Meinungsverschiedenheit zwischen mir und Gostentschnigg. Letzterer sieht nämlich die Entstehung der Albanologie und die ersten Jahrzehnte in der Geschichte derselben eindeutig das Ergebnis der Großmachtspolitik der Monarchie. Gostentschnigg: *Zwischen Wissenschaft*. 1996. 137–142. Die Konklusionen und Argumente von Gostentschnigg können meiner Ansicht nach für die Entwicklung der italienischen wissenschaftlichen Albanologie als Modell angewandt werden (es handelt sich hierbei um einige Dutzend schriftliche Werke, unter denen es nur wenige gab die nicht der Tagespolitik dienten, sondern ernste historische, sprachwissenschaftliche usw. Forschungen darlegten). Die österreichisch-ungarische Geschichte der Albanologie hingegen war eine wahre Wissenschaftsgeschichte. Dies wird unter anderem auch dadurch untermauert, dass sich die Wissenschaft bereits vor der Entstehung der Großmachtinteressen etablierte bzw. dass in der Pflege der Wissenschaft das Auseinanderfallen der Doppelmonarchie keinen Qualitätsbruch mit sich brachte. In der Zwischenkriegszeit führten die Albanologen, die zur Jahrhundertwende aktiv waren ihre Tätigkeit in dieser neuen Disziplin fort [z. B. Maximilian Lambertz (1882–1963) und Ferenc Nopcsa (1877–1933)] und erschufen Schulen in denen sie die nächste Generation heranbildeten [z. B. den Sprachforscher Norbert Jokl (1877–1942)].

Forschungsreisen zu erwähnen (z. B. zur Erschließung der Bodenschätze). In Albanien wurden die italienischen und die österreichisch-ungarischen wissenschaftlichen Expeditionen zumeist von einem der heimischen Universitäten oder der Akademie organisiert und seitens des Staates durch eine militärische Institution unterstützt; solche Unterstützung kam von der Kriegsmarine beim Transport vor Ort, oder auch von den Nachrichtendiensten des italienischen bzw. des österreichisch-ungarischen Generalstabes.<sup>104</sup>

Zur Zeit der jungtürkischen Revolution begann der neue Außenminister Aehrenthal eine vorsichtiger Albanien-Politik. Seine Ansicht war, dass die Monarchie an einer territorialen Intaktheit des Osmanischen Reiches interessiert war; aus diesem Grund gab er den Plan Gólurowskis zum selbständigen Albanien auf. Die neue Führung in Konstantinopel verlangte zwar von ihm auch die Aufgabe der selbständigen Kultusprotektorat-Rechte, aber dazu war der Außenminister nicht bereit. Seine Politik war jedoch durch zwei gegensätzliche Bestrebungen charakterisiert: er wollte Serbien weiterhin von der Adria fernhalten, und er wollte den weiteren Machtgewinn Italiens vereiteln; aus diesem Grund versuchte er aus den albanisch-bewohnten Gebieten eine Pufferzone gegenüber beiden Staaten herauszubilden, die aber dauerhaft mit der Monarchie sympathisieren sollte. Die zwei Richtungen der Außenpolitik kreuzten jedoch immer häufiger ihren Weg.

Die Annexionskrise, der Plan zur Sandschak-Bahn usw. rührte auch die russischen-österreichisch-ungarischen Beziehungen auf. Im Frühjahr 1908 wurde in Reval beim Treffen des britischen und russischen Herrschers praktisch das Mürzsteg-Programm des Jahres 1903 gekündigt. Die Beziehungen von Wien und Sankt Petersburg verschlechterten sich endgültig.<sup>105</sup>

Für den Ballhausplatz entwickelten sich selbst die Beziehungen mit dem südlichen Verbündeten nicht allzu rosig. Zwar konnte im Dezember 1909 noch eine italienische-österreichisch-ungarische Vereinbarung darüber getroffen werden, dass sie etwaige Balkan-Vorschläge dritter Parteien gemeinsam erörtern würden; aber die Situation der Monarchie wird durch nichts deutlicher dargelegt, als dadurch, dass nach der Annexionskrise Zar Nikolaus II. auf die Einladung von Viktor Emmanuel III. im Oktober 1909 Italien besuchte und dabei die Außenminister der zwei Großmächte eigens über das Schicksal der Halbinsel

---

<sup>104</sup> Im Falle der Monarchie waren dies das *Militärgeographische Institut* und das *Landesbeschreibungsbureau*. Diese Institutionen waren vor allem an der Infrastruktur und den geographischen Verhältnissen interessiert.

<sup>105</sup> *Blumenthal: Österreichische und russische Balkanpolitik. In: Donauraum 8 (1963). 127–128. und Pribram: England. 1966. 120–121.*

Rücksprache hielten.<sup>106</sup> Im Jahr 1911 bracht der italienische-osmanische Krieg um Tripolis aus, was ebenfalls die geschwächte Machtposition Wiens beweist, denn er hatte keinen Einfluss mehr auf Rom<sup>107</sup>

Wien konnte nicht einmal mit den Staaten der Halbinsel eine dauerhafte Freundschaft aufbauen. Der Grund dafür war der übermäßig große Einfluss der Großmächte, die selbständigen Bestrebungen der Staaten auf dem Balkan und ihre Schaukelpolitik. Die Situation der Donaumonarchie verschlechterte sich zwischen 1897 und 1912 drastisch auf der Halbinsel. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als sich einen Verbündeten in der westlichen Hälfte des Balkans zu suchen, unter einem Volk, das noch über keine Staatlichkeit verfügte. Somit gelangte Albanien in eine Schlüsselposition für Wien: das Zustandekommen eines unabhängigen albanischen Staates wurde zum Machtinteresse (und zudem zur Prestigefrage).<sup>108</sup>

---

<sup>106</sup> Tittoni und Iswolszkij kamen in Raccogini am 24. Oktober 1909 überein, dass im Falle das Status Quo auf dem Balkan nicht erhalten werden könne, dann als Ordnungsprinzip das Nationalitäten-Prinzip verfolgt werden sollte, wobei alle Großmächte ausgeschlossen werden sollten. Zudem sollten in Fragen, die den Nahen Osten betrafen die beiden Großmächte unmittelbar miteinander verhandeln und gegenseitig die Rechte an Tripolis bzw. an den Meerengen anerkennen. *Fellner: Der Dreibund. 1960.* 70–71. Laut den zeitgenössischen austrophilen Publizisten war dies der wirkliche Tod des Dreibundes. *Sosnosky: Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns. Bd.2. 1914.* 247.

<sup>107</sup> „In 1911 there was no hope of the Concert being used to neutralize the growing dangers in European Turkey, not only because Germany and Austria refused to co-operate over Albania as well as over Crete, but because in September 1911 Italy had gone to war with Turkey for the sake of Tripoli.” *Crampton: The Hollow Détente. 1979.* 17. Der Krieg förderte auch die Beziehungen zu Konstantinopel kaum: die jungtürkische Regierung nahm Wien – neben seiner Rolle im albanischen Aufstand der Jahre 1910-1911 – übel, dass er keinen Einfluss auf seinen Verbündeten ausüben konnte. Das Osmanische Reich sah nämlich zu dieser Zeit einen natürlichen Verbündeten in der Donaumonarchie. *Bridge: The Habsburg Monarchy. 1984.* 40–41. bzw. *Prela: Problemi shqiptar. 1962.* 153.

<sup>108</sup> „Nicht der Albanesen, sondern unseretwillen brauchen wir ein starkes Albanien. Dieses hat im Sinne der österreichisch-ungarischen und folgerichtig auch der deutschen Politik die Funktion des letzten Bollwerkes gegen das Vordringen des Panlawismus an die Adria zu erfüllen; es muss zu einem Gegengewicht gegen das größere Serbien werden und schließlich stellt Albanien die letzte Brücke dar, auch welcher Mitteleuropa ziemlich unbehindert seinen Einfluß nach dem westlichen Balkan tragen kann.” *Interesse, Österreichische Rundschau 1913. In: Chlumecky: Die Agonie des Dreibundes. 1915.* 256.; *Helmreich: The Diplomacy. 1938.* 189–190. und *Kaser: Die Haltung Österreich-Ungarns. 1993.* 2.